



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 12/15

I. Das Wichtigste zuerst

1. Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe – Rede im Bundestag

Die Fraktion Die LINKE hat den Antrag „Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe jetzt“ eingebracht. Die Forderung ist berechtigt, und die Union unterstützt ausdrücklich das Anliegen einer Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe, allerdings überdehnen die Antragsanforderungen Zuständigkeiten und Verantwortung der Bundesregierung. In erster Linie obliegt es den Tarifvertragsparteien, für eine leistungsgerechte Vergütung zu sorgen.

Im letzten Jahr bereits hat sich das zuständige Bundesfamilienministerium u.a. mit den zuständigen Fachministern auf einen Fahrplan für länderübergreifende verbindliche Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung geeinigt. Die Arbeitsgruppe „Frühe Bildung weiterentwickeln und Finanzierung sicherstellen“ hat ihre Arbeit aufgenommen und soll nächstes Jahr einen Bericht vorlegen.

Der Antrag enthält u.a. die Forderung nach einer Anti-Stress-Verordnung. Wir wollen den Gesundheitsschutz in den Betrieben stärken, allerdings wäre aus meiner Sicht eine solche Verordnung wenig zielführend. Es fehlt uns gegenwärtig an fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Menschen gehen mit Stress unterschiedlich um bzw. nehmen ihn unterschiedlich wahr. Eine Standardisierung in Form einer Verordnung könnte daher niemals genau und erfolgsversprechend sein. Eine Regulierung würde zudem ein

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Sicher haben Sie vom Angriff auf das Datennetz des Deutschen Bundestages erfahren. Auch wenn es nach bisherigen Feststellungen des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und der Bundestagsverwaltung zu keinen Datenabflüssen mehr gekommen ist, heißt es nicht, so die Mitteilung des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Lammert, dass der Angriff endgültig abgewehrt sei. Wundern muss man sich über die Haltung der beiden Oppositionsfraktionen. Hier stimme ich mit Armin Schuster MdB aus Lörrach überein, wenn er kritisiert, dass die Abgeordneten sich lieber von Hackern ausspionieren lassen als den Behörden Zugang zu ihren Rechnern zu gewähren. Das weitere Vorgehen wird von der IuK-Kommission und den Sicherheitsbeauftragten der Fraktionen eng begleitet werden. Kein gutes Gefühl, ausspioniert zu werden, dennoch habe ich Vertrauen, dass die Abwehrmaßnahmen erfolgreich sein werden.

Die Diskussion über die „Homo-Ehe“, die derzeit von der Opposition teilweise hysterisch geführt wird, muss sachlich bleiben. Ehe ist keine Partnerschaft zwischen gleichgeschlechtlichen Personen. Ich bin dafür, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in unserem Staat diese Meinung auch offen vertreten kann. Heutzutage traut man sich kaum mehr gegen die „Homo-Ehe“ zu sein und dies offen auszusprechen. Das darf in einer Demokratie nicht sein. Ich sehe keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf zum jetzigen Zeitpunkt.

Herzliche Grüße
Ihre

Mehr an Bürokratie bedeuten und die Arbeitgeber vor neue Herausforderungen stellen. Die komplette Rede zum Nachlesen finden Sie [hier](#).

2. Griechenland-Krise



Die griechische Regierung stellt mit ihrer sprunghaften Verhandlungstaktik ihre europäischen Partner und weltweiten Kreditgeber auf eine schwere Probe. Mit Sorge haben wir den zwischenzeitlichen Abbruch der Verhandlungen durch den Internationalen Währungsfonds zur Kenntnis genommen. Ohne einen gemeinsamen Vorschlag der Institutionen geht es nicht. Wir wollen Griechenland als Teil der Eurozone halten. Wir stehen jedoch zu unserem Grundsatz – es gibt keine Leistung ohne Gegenleistung. Ein Einknicken gegenüber Griechenland könnte eine verheerende Signalwirkung auf andere Länder haben. So sind die Hilfsprogramme aufgebaut, die ohne Einhaltung der gegenseitigen Verpflichtungen nicht greifen können. Aber nicht nur das Scheitern Griechenlands hätte schwerwiegende Folgen. Mindestens ebenso verheerend wäre es, wenn in der EU – die nur als Gemeinschaft des Rechts die jahrhundertalten Gräben in Europa hat überwinden können – Vereinbarungen und Verträge nicht mehr gelten würden.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. 17. Juni 1953 – Für Freiheit, Recht und Einheit. Auf unsere Anregung hin fand in diesem Jahr statt der üblichen Gedenkstunde eine vereinbarte Debatte zum Volksaufstand in der DDR statt. Der 17. Juni 1953 markiert einen wichtigen Punkt in der Geschichte unseres Landes und wurde daher zu Recht zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ erklärt.

2. Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in 1. Lesung beraten haben, soll die Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Deutschland gestärkt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Thema des „assistierten Suizids“ eingehen. Mit der Problematik und den mittlerweile einigen Gruppenanträgen und Positionspapieren von Abgeordneten aller Fraktionen wird sich der Bundestag nach der Sommerpause intensiver befassen. Ich lehne die Forderung nach einem **ärztlich „assistierten Suizid“** entschieden ab. Ebenso sollte kommerzielle Sterbehilfe verboten werden. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) plant, den organisierten „assistierten Suizid“ unter Strafe zu stellen. Schwer kranke und sterbende Menschen benötigen in ihrer letzten Lebensphase die bestmögliche menschliche Zuwendung, Versorgung, Pflege und Betreuung.

3. Abbau der sog. Kalten Progression – Union hält Wort. Mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags beschließen wir einen weiteren Anstieg der verfügbaren Einkommen. Wir heben zudem den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende an. Damit wird ab dem kommenden Jahr die sog. Kalte Progression reduziert, womit das Gesetz zu einer milliardenschweren Entlastung für die Leistungsträger in unserem Land, Arbeitnehmer und Familien wird.

III. Sonstiges

Praktikum im Berliner Büro



Mein Name ist Mariam Elmaghraby. Ich bin 17 Jahre alt und komme aus Ägypten. Zurzeit besuche ich die 11. Klasse in der Deutschen Schule der Borromäerinnen Alexandria (DSBA). Außerdem bin ich eine Sprinterin. In meiner Freizeit lese ich gerne. Ich freue mich, dass ich das Praktikum im Abgeordnetenbüro von Frau Schmidt machen darf.

Ich habe viele wertvolle Erfahrungen gesammelt und viel über die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages gelernt. Besonders beeindruckt haben mich die Gespräche mit den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, z.B. mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, Dr. Johann Wadephul MdB. Unser Gespräch mit dem Direktor beim Deutschen Bundestag, Staatssekretär Dr. Horst Risse war sehr informativ. Dr. Risse ist höchster Beamter der Bundestagsverwaltung und damit Vorgesetzter

aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Wir haben u.a. die Bundesministerien für Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Energie sowie der Verteidigung besucht. Außerdem haben wir Bundestagsdebatten besucht. Beim Rollenspiel „Plenarsitzung“ durfte ich dann selber in die Rolle einer Abgeordneten hineinschlüpfen.

Ganz besonders interessant fand ich das Gespräch mit der Vorsitzenden der Deutsch-Ägyptischen Parlamentariergruppe, Karin Maag MdB, über die politische Lage in Ägypten und die deutsch-ägyptischen Beziehungen. Schließlich bin ich sehr stolz darauf, mein Praktikum im Bundestag absolvieren zu können.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. „Willkommen bei Freunden“ – Bundesprogramm für junge Flüchtlinge

Die Kommunen sollen mit dem neuen Programm bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit konkreten Angeboten unterstützt werden. Das Programm zur Verbesserung der Lebenssituation von jungen Flüchtlingen (ein Drittel aller nach Deutschland einreisenden Personen sind Kinder und Jugendliche) ist am 1. Juni gestartet. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, die das Programm umsetzt, steht fortan bis zum Ende des Förderzeitraums 2018 mit Informations- und Beratungsangeboten als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Detaillierte

Informationen zu dem Programm finden Sie auf meiner [Webseite](#). Meine Mitarbeiterinnen unterstützen Sie bei Fragen sehr gerne.

2. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 23. Juni, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

3. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\)](#):

- 22. Juni:** • Vorstandssitzung Frauen- und Kinderschutzhause Kreis Waldshut
- 23. Juni:** • Franke Personalservice e.K. – Gespräch mit Manuela Faller zum Thema Leiharbeit, Laufenburg
- 24. Juni:** • Tag der Kleinen Forscher – Gemeinsamer Entdeckertag, WAWAKI, Waldshut-Tiengen
- 25. Juni:** • Sommerempfang des Regierungspräsidiums Freiburg
- 26. Juni:** • Besichtigung Asylunterkunft Dogern, mit Doris Junger, Bürgermeister Matthias Gutknecht und Felix Schreiner MdL